

15 Greenpeace Forderungen an die Parteien für die Nationalratswahl 2024

1. Verpflichtender sozial-ökologischer Check bei allen Gesetzen

Alle neuen Gesetze und Verordnungen sollen vor ihrem Beschluss von einer unabhängigen Stelle hinsichtlich ihrer Auswirkung auf Klima, Umwelt und Gesellschaft geprüft werden. Das trägt dazu bei, frühzeitig mögliche negative Folgen zu erkennen und zu reparieren.

2. Sozial-ökologisches Umlenken der Geldmittel

Die kommende Regierung muss Subventionen für klima- und naturschädliches Verhalten beenden und CO₂-Ausstoß Schritt für Schritt verteuern. Dabei muss der Klimabonus treffsicher und sozial gerecht an Haushalte mit niedrigem Einkommen ausgezahlt werden.

3. Klimafreundliche Mobilität

Klimafreundliche Verkehrsmittel, wie Öffis, Radfahren und zu Fuß gehen, müssen bequem, günstig und sicher sein. Nur so stellen sie eine echte Alternative für viele Österreicher:innen dar. Die nächste Regierung muss deshalb ein leistbares und ökologisches Mobilitätsangebot für alle innerhalb eines 15 Minuten-Fußweg-Radius garantieren und Schritt für Schritt umsetzen. Anreize für klimaschädliche Verkehrsmittel müssen abgeschafft oder auf die Förderung nachhaltiger Mobilitätsangebote umgelenkt werden.

4. Ökologisches und leistbares Wohnen

Alle sanierungsbedürftigen Gebäude in Österreich müssen verpflichtend thermisch saniert werden, organisiert und teil-finanziert durch öffentliche Stellen und Gelder. Das Ende der Gasheizungen im Wohnungs- und Hausbestand muss gesetzlich verankert werden. Hier muss ein besonderer Fokus auf öffentliche Gebäude gelegt werden, bei denen der Staat direkt selbst aktiv werden kann.

5. Naturschutz ausweiten

Um die kostbare und rar gewordene Natur zu bewahren, muss die nächste Regierung die strengen Schutzgebiete auf 10 Prozent der Staatsfläche ausweiten. Zudem braucht es ein klares Bekenntnis zu wichtigen EU-Legislativen wie dem Renaturierungs-, Waldschutz- und Lieferkettengesetz sowie deren rasche und ambitionierte nationale Umsetzung.

6. Bodenfraß stoppen

Um den maßlosen Bodenverbrauch aufzuhalten, muss die nächste Regierung endlich eine effektive Bodenschutzstrategie mit verpflichtenden Grenzwerten für Bodenverbrauch (bis 2030 max. 2.5ha/Tag) fixieren. Relevante Steuern und Abgaben müssen angepasst werden, etwa mit einer 90 Prozent Gewinnabgabe bei

Umwidmungen sowie mit Änderungen im Finanzausgleich für die Gemeindefinanzierung, wobei zugewiesene Gelder an ökologische Bedingungen geknüpft werden müssen, die Bodenschutz belohnen. Öffentliche Fördergelder für Bautätigkeiten sollen nur mehr für Sanierung, Renovierung, Verdichtung oder Flächenrecycling vergeben werden.

7. Drohenden Wasserknappheit verhindern

Die nächste Bundesregierung muss einen wirksamen Schutzplan gegen zukünftige Wasserknappheit umsetzen. Dazu gehören in jedem Fall ein öffentliches Wasserverbrauch-Register von Industrie und Landwirtschaft, Maßnahmen zur Senkung des Wasserverbrauchs und Krisenpläne für zukünftig von Wasserknappheit bedrohte Regionen.

8. Müllberge schrumpfen

Durch die Reduzierung von Verpackungsmüll und Lebensmittelabfällen lässt sich die Ressourcenverschwendung bekämpfen und unnötige Treibhausgase einsparen. Die nächste Regierung muss die Müllmenge in den Griff bekommen - mit einer Halbierung der Lebensmittelabfälle und 80% Mehrweg bei Getränkeverpackungen bis 2030. Reparatur- und Re-Use-Angebote müssen gefördert und in allen Regionen zugänglich gemacht werden.

9. Leistbare, regionale Bio-Lebensmittel

Der Bio-Anteil der Lebensmittel muss auf 40 Prozent bis 2030 gesteigert werden. Dies kann durch erhöhte Förderungen und Erhöhung der Quoten für die öffentliche Beschaffung geschehen. Zudem sollten pflanzliche Grundnahrungsmittel in Österreich von der Mehrwertsteuer befreit werden.

10. Greenwashing einen Riegel vorschieben

Werbeaussagen, Gütezeichen und andere umweltbezogene Aussagen ohne Grundlagen und transparente Dokumente müssen schlicht verboten und sanktioniert werden. Dafür muss die kommende Regierung die entsprechenden EU-Initiativen (z. B. die Green-Claims Richtlinie) unterstützen.

11. Zukunftsorientierte Ministerien

Die Ministerien müssen den Ansprüchen ihrer Zeit gewachsen sein und wichtige Themen bündeln, um die sozio-ökologischen Fortschritt rasch voranzutreiben und die zukünftigen Generationen im Fokus zu haben, z.B. durch ein Bundesministerium für die sozial-ökologische Transformation der Arbeit und Wirtschaft

12. Einbindung von Bürger:innen und Expert:innen

Um Gesetze und Veränderungen demokratisch und wissenschaftsbasiert zu gestalten, muss die nächste Regierung Bürger:innen und Expert:innen einbinden, beispielsweise über Bürger:innenräte (denen der/die Kanzler:in halbjährlich Antwort

stehen muss) oder unabhängige Expert:innenräte für jedes Ministerium. Deren Empfehlungen und Antworten des jeweiligen Ministeriums müssen offengelegt werden.

13. Sozio-ökologische Jobgarantie

Im Laufe der Zeit entstehen neben (technologischen) Veränderungen auch immer wieder neue Arbeitsplätze, während andere verloren gehen. Die Menschen haben einen Anspruch darauf, bei dieser Transformation nicht zurückgelassen, sondern aktiv bei Umschulungen und Neuorientierung unterstützt zu werden.

14. Wohlstand ist mehr als BIP-Wachstum

Der reine Fokus auf das Wirtschaftswachstum als Wohlstandsindikator ist spätestens in Zeiten der Klima- und Artenkrise nicht mehr ausreichend. Die neue Regierung muss eine umfassende Wohlstandsmessung - die beispielsweise eine Zufriedenheitsanalyse der Bevölkerung beinhaltet - einführen, die jährlich veröffentlicht wird. Neue Maßnahmen müssen den Ergebnissen folgen.

15. Widerstand gegen falsche Lösungen

Unter falscher Flagge, um scheinbar Klimaschutz voranzutreiben, werden viele gefährliche Lösungen, wie Atomkraft, Kohlenstoffspeicherung oder E-Fuels im Individualverkehr ins Rennen geführt. Die nächste Regierung muss sich klar gegen diese falschen Lösungen aussprechen. Dazu gilt es fossile Energie insgesamt in die Vergangenheit zu schicken - ein wichtiger Schritt ist dabei, neue Explorationsprojekte für Öl und Gas in Österreich zu verbieten und die bestehende Produktion bis 2035 auslaufen zu lassen.